



HESSISCHER LANDTAG

17.11.2003

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004)

Drucksache 16/834

- Einzelplan 03 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 78

Hessisches Landeskriminalamt

Zu Titel 422 01

Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen
und Beamten
- Laufende Zahlungen -

Der Ansatz von 14.159.800 € wird um
281.400 € auf 13.878.400 € verringert.

Der Stellenplan 2004 wird wie folgt
geändert:

Es werden umgesetzt nach Titel 425 01 und
umgewandelt:

1 Planstelle	A 5 Oberamtsmeister/in
1 Planstelle	A 6 Sekretärin
1 Planstelle	A 7 Obersekretär/in
17 Planstellen	A 9 Polizei-/Kriminal- kommissar/in
3 Planstellen	A 10 Polizei-/Kriminal- oberkommissar/in

Es werden umgewandelt:

6 Planstellen	A 10 Polizei-/Kriminal- oberkommissar/in	
	in	A 10
Oberinspektor/in		
1 Planstelle	A 11 Amtfrau/Amtmann in A 11 Polizei-/Kriminal- hauptkommissar/in	
1 Planstelle	A 12 Polizei-/Kriminal- hauptkommissar/in in A 12 Amtsrat/rätin	

Begründung:

Durch Maßnahmen der (Plan-)
Stellenbewirtschaftung sind eine Reihe von
(Plan-)Stellen zum Teil schon seit über 10
Jahren entgegen der vorgesehenen Laufbahn
oder Beschäftigtengruppe besetzt. Um den

Grundsätzen einer klaren Haushaltsführung Rechnung zu tragen sind die Stellenpläne und -übersichten an die tatsächliche (Plan-) Stellenbesetzung anzupassen und – soweit die tatsächliche (Plan-)Stellenbesetzung nicht bereits in die im Jahr 1999 erfolgte dezentrale Veranschlagung der Personalausgaben eingeflossen ist – die entsprechenden Mittelumsetzungen vorzunehmen.

Wiesbaden, 14. November 2003

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)